

# Gesundheitsbudget gestrafft

**Kantonsrat** In der Budgetdebatte hat die Parlamentsmehrheit 40 Millionen Franken bei den Spitälern und der Psychiatrie gestrichen, damit das Budget schöner aussieht

VON THOMAS SCHRANER

«Luft aus dem Budget ablassen»: So nannte die obsiegende Mehrheit gestern den Vorgang bei der Budgetkorrektur der Spitäler. Zur Mehrheit gehörten in diesem Fall alle ausser SP und AL. Sie beschloss, die Ausgaben um 30 Millionen Franken zu senken. Die Begründung: Im Durchschnitt der letzten vier Jahre schnitten die Rechnungen jeweils um 78 Millionen besser ab als geplant. Also könne man straffer budgetieren.

Das sei nichts als Kosmetik, kritisierte hingegen Kaspar Bütikofer (AL, Zürich). Die Bürgerlichen wollten eine schwarze Null im Budget sehen, um dann 2020 mit besserem Gewissen die Steuern um zwei Prozent senken zu können. Das sei ein billiger Trick, sagte er. Spielraum gebe es keinen. Mit 131 zu 40 Stimmen kam der Antrag durch.

Zuvor hatte Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger (FDP) vergeblich dagegen argumentiert: «Es hat keine Luft im Budget. Sie bringen damit einzig die Spitäler in Nöte.»

In der Psychiatrie beschönigte die Mehrheit - diesmal in anderer Zusammensetzung - das Budget analog um zehn Millionen. Nicht nur SP und AL waren hier gegen das angebliche «Luft ablassen», sondern auch Grüne, CVP und die EVP. In der Psychiatrie gebe es eine Kostenunterdeckung von 25 Prozent und mehr, warnte Lorenz Schmid (CVP, Männedorf).

Danach kürzte die Mehrheit in Heiners Direktion Stellen. Zum einen fünf temporäre für die Spitalplanung, was das Budget um eine halbe Millionen verbessert. Die Spitalplanung müsse von der Kernbelegschaft gemacht werden, sagte Bütikofer (AL). Temporäre Stellen eigneten sich dafür nicht. Gesundheitsdirektor Heiniger (FDP) zeigte vergeblich auf, dass eine ausserordentliche Planungsrunde ansteht. Die fünf Stellen seien deshalb nötig. Die Kürzung erfolgte mit 104 zu 68 Stimmen. SP, FDP und CVP unterlagen.

Sodann sparte die Mehrheit 2,2 Millionen bei der Arzneimittelversorgung. Dort hatte die Gesundheitsdirektion 30 neue Stellen geplant. 27 davon sind nun mit 104 zu 66 Stimmen gestrichen wor-



Der Kantonsrat glaubt, in den Spital-Budgets hatte es noch viel Luft. SYMBOLBILD: KEY

den. Dagegen waren SP, FDP und CVP. Trotz der Kürzung werde er die Stellen nicht streichen, stellte Heiniger klar. Die Leute würden nämlich dringend gebraucht. Die Kürzung führe einzig zu einer Erhöhung der Medikamentenpreise und treffe so wiederum die Spitäler. Verschiedene Gegner der Kürzung sagten, sie hätten Verständnis für die Kritik an Heiniger, weil die Stellenaufstockung schlecht nachvollziehbar sei. Mark Wisskirchen (EVP, Kloten), der die Kürzung befürwortete, sprach von einem «vorausseilenden Stellenaufbau».

Keine Zustimmung fand der Antrag der SVP, 200 000 Franken beziehungsweise zwei Stellen beim Veterinäramt zu streichen. Die Nutztierrhaltung sei rückläufig und erfordere weniger Geld, argumentierte Benjamin Fischer (SVP, Volketswil). Martin Haab (SVP, Mettmenstetten) ergänzte, es gebe genügend Tierschutzkontrollen. Hans Egli (EDU, Steinmaur) sagte, es finde auch eine soziale Kontrolle durch Nachbarn statt, sodass man auf zusätzliche Kontrollen verzichten könne. Doch am Ende setzte sich die andere Seite mit 93 zu 80 Stimmen durch, zu der SP, FDP, Grüne, AL

und BDP zählten. Die Stellen seien nötig, sagte Linda Camenisch (FDP, Wallisellen), weil die Kontrolltätigkeit komplexer geworden sei. Kathy Steiner (Grüne) ergänzte, das Veterinäramt könne seinen Aufgaben im Tierschutz schon jetzt nur noch teilweise nachkommen.

Intensiv stritt der Rat über den Antrag der SP auf 1,2 Millionen Franken Mehrausgaben für die ambulante Behandlung in der Psychiatrie. Diese sei nämlich nicht kostendeckend, aber sehr sinnvoll, sagte Andreas Daurü (SP, Winterthur). Doch die Gegner waren stärker. Einen Kredit auf Vorrat brauche es nicht, entgegnete Astrid Furrer (FDP, Wädenswil). Mit 57 zu 111 Stimmen unterlagen SP, Grüne, AL und EVP.

Auch die Krankenkassenprämien waren ein Thema, allerdings nicht fürs Budget 2019, sondern für die Folgejahre. Die SVP erklärte, dass der Kanton wie heute 80 Prozent des Bundesbeitrags an die Prämienverbilligung beisteuern soll. Die Regierung beantragte nämlich im Rahmen einer Sparmassnahme, auf 70 Prozent zurückzufahren. Die Vorlage ist noch in der Kommission. Dort ist aber schon jetzt klar, dass die Kürzung chan-

cenlos ist. Das Geschäft kommt im März in den Kantonsrat.

Der Erklärung der SVP stand jene der SP gegenüber, die den Kantonsbeitrag auf 100 Prozent aufstocken will. Dazu bekennen sich auch Grüne, EVP, CVP und AL. Das reichte aber nicht für eine Überweisung, da sich die GLP noch nicht festlegen mochte. Mehrheitsfähig war am Ende nur die 80-Prozent-Variante der SVP, hinter der auch FDP, BDP und EDU stehen. Besser als nichts, sagten sich die anderen Parteien und schwenkten am Ende um.

Weitere Beschlüsse:

- Wie jedes Jahr wollte die SVP bei den Fachhochschulen sparen: 11 Millionen bei der ZHAW und 2 Millionen bei der ZHDK. Der Staatsbeitrag steige von Jahr zu Jahr, monierte Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen). Der Antrag scheiterte mit 112 zu 55. Einzig die BDP lieferte der SVP Stimmen. Die Vorwürfe der SVP würden durch die ständige Wiederholung nicht besser, sagte Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon). Die Hochschulen leisteten hervorragende Arbeit.

- Mit 120 gegen 43 lehnte es der Kantonsrat ab, zusätzliche 14,8 Millionen Franken ins Budget einzutragen. Karin Fehr (Grüne, Uster) beabsichtigte, das Geld, das die Regierung für die Kommunalisierung der Schulleitungen einsparen wollte, wieder ins Budget zu bringen.

- Für die Pflege von Böschungen an Strassenrändern sollen zwei Millionen Franken mehr ausgegeben werden. Dafür stimmten alle Fraktionen ausser SVP und CVP. Spott und Ermahnungen musste sich die FDP anhören, die den Antrag eingebracht hatte. Sie habe auf die Wahlen hin offenbar ihr grünes Mäntelchen hervorgeholt, sagte Barbara Schaffner (GLP, Otelfingen). Nötig sei aber ein dauerhaftes Engagement.

- Mehrausgaben von 300 000 Franken sind für Gewässerrevitalisierungen gesprochen worden. So sollen drei Stellen finanziert werden, um dem Bundesziel näherzukommen, wonach pro Jahr fünf Kilometer Gewässer revitalisiert werden sollen. Nein sagten SVP, CVP, BDP und EDU.

## Partyvolk und Anwohner Projekt Nachtleben: Stadt zieht Bilanz

Die Stadt Zürich ist bemüht um ein allgemeinverträgliches Nachtleben. Ein Projekt hat Erkenntnisse gebracht und Möglichkeiten aufgezeigt. Die Begleiterscheinungen des Nachtlebens seien aber weiterhin eine Herausforderung, teilte das Stadtzürcher Sicherheitsdepartement gestern zum Abschluss des Projekts Nachtleben mit. Dieses stand unter der Leitung von Alexandra Heeb, städtische Delegierte für Quartiersicherheit. Sie übernahm die Aufgabe 2010 von Rolf Vieli, der als Mister Langstrasse bekannt war und damals in Pension ging. 2015 hatte der Stadtrat das Nachtleben und seine Begleiterscheinungen zum Legislaturschwerpunkt erhoben. Das Nachtleben in der Stadt Zürich habe sich in den letzten zwanzig Jahren markant verändert, heisst es in der Mitteilung. Demnach haben sich die Ausgehlokale ohne Polizeistunde nach der Liberalisierung des kantonalen Gastgewerbesetzes versechsfacht. Heute gibt es mehr als 600 solche Nachtcafés und Bars in Zürich. Und anders als früher geht das Partyvolk nicht mehr einfach am Abend aus, sondern oft spät in der Nacht und bis in den Morgen hinein. Alkohol ist rund um die Uhr erhältlich. Zudem sind Musikanlagen, die auch bei grosser Lautstärke gut klingen, erschwinglich geworden. Auch in kleinen Clubs und draussen wird daher laute Musik abgespielt. Beim Projekt Nachtleben ging es um eine Vermittlung zwischen Party- und Anwohner-Interessen. Die Stadt habe sich dabei auf keine Seite geschlagen, wird in der Mitteilung festgehalten. Es habe verschiedene Verbesserungen gegeben. Eine Massnahme etwa betraf die 24-Stunden-Shops, die günstig Alkohol verkaufen. Er ist oft der Auslöser für Auswüchse im Ausgang. In den Shops wurde vermehrt kontrolliert, ob tatsächlich nur Familienmitglieder dort tätig sind, was Voraussetzung für einen verlängerten Betrieb ist. An stark genutzten Orten wie der Piazza Cella wurden mobile Pissoirs aufgestellt. Und schallisierende Fassaden sind wirksam. Aufgrund eines Gerichtsentscheides von 2015 brauchen Clubs, die länger als bis 24 Uhr offen haben, eine Baubewilligung. Im Verfahren sind Anwohner-Einsprachen möglich. (AZ)

## Gesundheit

### «Ambulant vor stationär»: Die Zürcher Gesundheitsdirektion und der Bund erachten ein Aargauer Urteil als «unzutreffend»

Das Aargauer Verwaltungsgericht hat die Liste mit den «ambulant vor stationär»-Eingriffen aufgehoben. Das Argument: Nicht die Kantone, sondern der Bund sei zuständig. Der Entscheid hat in der Aargauer Politik für Kopfschütteln gesorgt. Auch die Zürcher Gesundheitsdirektion hält die Einschätzung der Aargauer Verwaltungsrichter für «unzutreffend», wie sie auf Anfrage schreibt. Das Bundesamt für Gesundheit habe dem Entscheid aus dem Aargau ebenfalls widersprochen.

Der Bund habe zwar selber eine Liste mit «ambulant vor stationär»-Ein-

griffen erlassen, die für die Kantone verbindlich sei. Er lasse es den Kantonen aber ausdrücklich offen, weitere Behandlungen aufzunehmen.

Liegen besondere Umstände vor, darf eine Operation auf der Liste trotzdem stationär durchgeführt werden. Und das ist der springende Punkt: Die kantonale Regelung darf in dieser Hinsicht nicht strenger sein als die Vorgabe des Bundes. Die Aargauer Regelung aber sah eine Deckelung vor. Für jede Behandlung auf der Liste wurde ein Prozentsatz festgelegt, bis zu dem hin die Behandlungen stationär durchge-

führt werden dürfen. Bei stationären Behandlungen über dem Prozentsatz wollte sich der Kanton nicht mehr an den Kosten beteiligen. Diese Praxis ist unzulässig. Im Kanton Zürich hingegen wird immer individuell beurteilt, ob eine Behandlung stationär durchgeführt werden soll, obschon sie auf der Liste verzeichnet ist. Eine Deckelung kennt der Kanton Zürich nicht. Deshalb kommt der Zürcher Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger zum Schluss: «Das Aargauer Urteil hat keine Auswirkung auf den Kanton Zürich.» (PAG)

## NACHRICHTEN

### WINTERTHUR

#### Steuerfuss bleibt stabil bei 122 Prozent

Der Winterthurer Steuerfuss bleibt bei 122 Prozent. Das Stadtparlament hat am Montag entschieden, die Steuern weder zu erhöhen noch zu senken. Die Grünen und die AL forderten eine Steuererhöhung auf 124 Prozent. Dies hätte 5,8 Millionen Franken zusätzlich in die Stadtkasse gespült. Die SVP wiederum beantragte eine Steuerensenkung auf 120 Prozent. Dies hätte 5,8 Millionen weniger in die Kasse gebracht. Beide Anträge waren chancenlos. (SDA)

### HINWIL

#### Gemeindehaus aus Unzufriedenheit verwüstet

Ein 23-jähriger Mann aus dem Bezirk Hinwil ist am Freitag verhaftet worden. Er gab zu, vor einigen Tagen das Gemeindehaus in Hinwil verwüstet zu haben. Als Grund für seine Tat nannte er seine Unzufriedenheit mit den Behörden. Der entstandene Sachschaden beläuft sich auf über 100 000 Franken. Der Festgenommene wurde der Staatsanwaltschaft zugeführt. Derzeit sitzt er in Untersuchungshaft. (SDA)

### PASSAGIERREKORD

#### Flughafen Zürich knackt 30-Millionen-Marke

Der Flughafen Zürich hat einen neuen Passagierrekord geknackt. Zum ersten mal wurde in einem Jahr die 30-Millionen-Grenze überschritten. Im vergangenen Jahr sind insgesamt 29,4 Millionen Passagiere in Zürich abgeflogen, angekommen oder umgestiegen. Gestern begrüsst eine Delegation der Flughafen Zürich AG einen Reisenden aus Villars-sur-Glâne als 30-millionsten Passagier im laufenden Jahr, teilte der Flughafen mit. (SDA)

INSERAT



Bewirken Sie Grosses für Kleine:  
Helfen Sie Pflege- und Adoptivkindern,  
damit auch sie unbeschwerte  
Weihnachten feiern können. Wir sind  
Ihnen für jede Spende dankbar!

Geborgen aufwachsen.

**PACH** Pflege- und  
Adoptivkinder  
Schweiz



Spendenkonto: 30-25931-7  
IBAN: CH95 0900 0000 3002 5931 7  
oder unter [www.pa-ch.ch/spenden](http://www.pa-ch.ch/spenden)

[www.pa-ch.ch](http://www.pa-ch.ch)